

## Around Europe - Deutsche Ausgabe Nr 316 Oktober 2009

### Doppelte Sorgen

In letzter Zeit hält sich der Klimawandel hartnäckig in den Nachrichten, und das ist auch richtig so. Langsam wird dieser als größte Bedrohung akzeptiert, der die Menschheit im 21. Jahrhundert gegenübersteht. Jedoch lassen die Nachrichten, aus mancherlei Gründen, zwei sehr wichtige Gesichtspunkte aus, die uns alle sehr, sehr beunruhigen sollten.

Wir hören immer wieder, dass wir, um einen ernsthaften Klimawandel vermeiden zu können, unter einer globalen Temperaturerhöhung von 2°C bleiben müssen, gemessen am am Jahre 1990. Dies wurde zu den Risiko-Faktoren ins Verhältnis gesetzt, die aus negativen Folgen einer globalen Erwärmung erwachsen (Aussterben von Tier- und Pflanzenarten, extreme Wetter-Ereignisse, ernsthafte Auswirkungen auf die allgemeinen Lebensgrundlagen und schließlich Wendepunkte an denen Änderungen des Klimas unkontrollierbar werden). Der Bericht 2001 vom IPCC berechnete 2°C als maximale Temperaturerhöhung, um einen Zustand des Klimas zu erreichen, ab dem weitere Klima-Veränderungen unkontrollierbar werden. Solche Wendepunkte können zum Beispiel erreicht werden, wenn Permafrost-Böden auftauen, wodurch große Mengen Methan freigesetzt würden. Dies würde eine Kettenreaktion von Folgeereignissen in Gang setzen, die sich menschlicher Einflußnahmen völlig entziehen. Es ist wie mit Dominosteinen, die in einer Reihe aufgestellt stehen. Erreichen wir ein Stadium, in dem der erste Stein umgeworfen wird, dann gibt es nichts mehr, das wir tun können, um die restlichen Dominosteine am Umfallen zu hindern, und wir wissen nicht, wo diese Reihe von Dominosteinen endet. Berechnungen dazu, wie solche Wendepunkte vermieden werden können, werden mittlerweile als überholt erachtet.

Die Universität von Kopenhagen hat einen Bericht erstellt (geschrieben durch einige der IPCC-Autoren), der die jüngsten Ergebnisse der Klimaforschung zusammenfasst. Er weist darauf hin, dass die Temperaturerhöhung, ab der die beschriebenen negativen Folgen eintreten werden, viel niedriger ist, als bisher gedacht. Wenn wir uns darauf festlegen, unterhalb der 2°C-Temperaturerhöhung zu bleiben, wenn wir immer noch mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit dafür sorgen, dass einige Spezies ausgelöscht werden und extreme Wetterereignisse erleben, während uns eine immer noch moderate Chance verbleibt, den beschriebenen Wendepunkt dennoch zu erreichen. Der Bericht bemerkt, dass sogar eine kleine Wahrscheinlichkeit, einen Wendepunkt zu erreichen, als gefährlich angesehen wird. Einer der Autoren verglich unsere Situation mit einem Spiel Russisches Roulette, nur dass die damit verbundenen Risiken größer sind.

Dies ist jedoch nur einer der Gründe, besorgt zu sein. Der Andere ist die politische Realität, die sich um uns herum abzeichnet. Es sieht in zunehmendem Maße so aus, als würden wir die Marke von 2°C-Temperaturerhöhung verpassen. Der Bericht 2001 vom IPCC schätzt, dass wir einen Anstieg der Temperatur zwischen 1.8 und 4°C erleben werden; andere Schätzungen belaufen sich auf mögliche Temperaturerhöhungen von bis zu 11°C. Dies wird sehr ernste Konsequenzen haben. Um zwei Wendepunkte als Beispiel zu bringen: das Aufschmelzen des sommerlichen Eises in der Arktis und des Eisschildes von Grönland könnte durch einen Temperaturanstieg von gerade mal 1-2 °C in Gang gesetzt werden.

Wir wissen, dass unsere Zielmarken jämmerlich unzureichend sind, und die Maßnahmen, die wir ergreifen, um diese Ziele zu erreichen, ebenso. Wir wissen, dass die Auswirkungen hiervon ernst sein können. Warum also befinden wir uns dann nicht in einem Notfall-Modus? Warum wird dies nicht als nationaler (oder globaler) Notstand angesehen? Der Klima-Wandel muss von jedem als Problem mit der höchsten Priorität verstanden werden, denn er wird jeden betreffen.

Ein gefährlicher Klima-Wandel ist nicht etwas, das geschehen oder nicht geschehen wird. Er ist ein sehr langwieriger Prozess in einer globalen Größenordnung. Wir werden unweigerlich unter den negativen Folgen des Klima-Wandels leiden. Ich zweifle nicht daran, dass wir zum Beispiel Zeugen der Ausrottung von noch viel mehr Spezies sein werden. Wie schlimm das alles werden wird, hängt von uns ab. Die Menschheit ist in einer nie-dagewesenen Situation. Wir können jetzt handeln, um die Folgen des Klima-Wandels zu begrenzen, oder wir können in die Geschichte eingehen als die einzige Spezies, die sich in die eigene Vernichtung hineinbeobachtet hat.

*Steve Hynd*

*Übersetzung: Helge Moog*

## **Kommt der Europäische Außenpolitische Dienst zustande?**

Inmitten der globalen Krisen ( Klimawandel, Finanzkrise, Rezession) kämpft sich die EU weiterhin durch ihre institutionelle Reform. Das geht schon (zumindest was die gegenwärtige Runde angeht) seit 2001 so, als die Konvention über die Zukunft Europas erstellt wurde. Es ist jetzt 8 Jahre später, und wir haben einen europäischen Verfassungsvertrag kommen und gehen gesehen und haben erlebt, wie der Vertrag von Lissabon, der versuchte, von dem Verfassungsvertrag zu retten, was zu retten war, von den irischen Wählern im Juni 2008 abgelehnt wurde. In diesem Monat bekommt Irland eine zweite Chance.

Alle diese Verträge haben unter anderem versucht, das was man Außenpolitik der EU nennen könnte, neu zu strukturieren. Das ist deshalb kompliziert, weil noch nicht richtig klar ist, ob die EU überhaupt Außenpolitik betreiben will, und wenn, wo die Abgrenzung von der Außenpolitik der einzelnen Mitgliedsstaaten liegt. Also da liegt etwas institutionelle Schizophrenie vor.

Gegenwärtig beschäftigen sich mehrere Europäische Kommissare und ihre Generaldirektionen mit Dingen, die man unter der Überschrift „äußere Aktionen“ zusammenfasst: Handel, Entwicklungshilfe, Humanitäre Hilfe, Vergrößerung der EU, und politische Beziehungen mit Nicht-EU-Staaten. Zusätzlich macht der Rat der Europäischen Union (also die Mitglieder zusammen mit ihrem Generalsekretariat) eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Viele Leute verstehen den Unterschied nicht. Schließlich gibt es da noch die Delegationen der Europäischen Union (die gegenwärtig Delegationen der Europäischen Kommission sind), die als örtliche Basen, die man auch Botschaften nennen könnte, in Ländern außerhalb der EU fungieren.

Falls der Vertrag von Lissabon ratifiziert wird, wird sich das alles ändern. Dann wird es einen neuen „Hohen Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik“ geben. Diese Person wird gleichzeitig den Rat der Europäischen Union vertreten und Vizepräsident der Europäischen Union sein mit dem Geschäftsbereich Äußere Aktionen. Diese Person - und man kann ruhig

davon ausgehen, dass es ein „er“ sein wird - wird unterstutzt werden durch einen neu zu schaffenden „Dienst für Äußere Aktionen“ (External Action Service = EAS).

Die Diskussion über den EAS zieht sich hin seit 2004, als die Tinte unter dem ersten Europäischen Verfassungsvertrags gerade erst trocken war. Aber es gab keinerlei öffentliche Debatten darüber, wie er aussehen soll oder was dazugehört und was nicht. Das Europäische Verbindungsbüro für Friedensarbeit (European Peacebuilding Liaison Office = EPLO) folgt dieser Debatte schon lange. QCEA ist aktiv dabei. Schließlich entschied das EPLO, dass wenn die Entscheidungsträger keine öffentliche Diskussion wollen, dann sollte die Gemeinschaft der Nicht-Regierungs-Organisationen das übernehmen. Das EPLO organisierte eine Diskussion am Runden Tisch, Gastgeber war die spanische Ständige Vertretung in Brüssel, am 11. September. Die Nicht-Regierungs-Organisationen waren gut vertreten, und einige Entscheidungsträger kamen zum Zuhören. Im Ganzen betrachten wir es als Erfolg.

Aber die Aussichten für den EAS sind nicht sehr ermutigend: Die Experten auf diesem Gebiet (sowohl auf der Seite der Expertenkommission als auch auf der Seite der Nicht-Regierungs-Organisationen) sind weitgehend der Ansicht, dass das eine kleine Einrichtung sein wird, ohne Ehrgeiz und politische Durchschlagskraft, die möglicherweise noch nicht mal Verbesserungen in dem gegenwärtigen Ausmaß an Doppelarbeit und Überschneidungen erzielen wird.

Ein weiteres Thema ist die Verantwortlichkeit. Gegenwärtig ist das Europäische Parlament dafür verantwortlich, von der Europäischen Kommission Rechenschaft zu fordern für Dinge, die in ihre Zuständigkeit fallen. Dies schließt einen großen Teil der Entwicklungsfinanzierung aus, die durch den Europäischen Entwicklungsfonds geschieht, der nicht zum Haushalt der EU gehört, sondern vom Generaldirektorat Entwicklung verwaltet wird. Das Europäische Parlament hat kein Mitspracherecht bei der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, obwohl es das Budget einiger Aktivitäten kontrolliert, die dazu gehören. Ein ehrgeiziger EAS wäre dem Europäischen Parlament voll Rechenschaft schuldig; er würde regelmäßig und zeitnah dem Europäischen Parlament (und den nationalen Parlamenten) darüber berichten, was die EU auf globaler Ebene tut; und diese Berichte und Debatten würden den Weg in die Hauptnachrichten finden. Aber angesichts der Tatsache, dass bisher noch keine Diskussion über den EAS in der Öffentlichkeit erfolgt ist, und dass er im Januar 2010 seine Arbeit aufnehmen soll (falls der Vertrag von Lissabon ratifiziert wird), bleibt nicht viel Zeit für eine transparente Debatte.

Für den QCEA ist die Sache einfach und klar: Die Europäische Union ist selbst ein Friedensprojekt. Dies könnte ihr wichtigster Export sein - das Wissen, die Erfahrung und das Geschick, wie man Konflikte löst ohne Anwendung von Gewalt unter Ländern, die immer wieder Krieg gegeneinander geführt hatten. Der EAS könnte eines der wichtigsten Mittel auf dem Weg dorthin sein. Wenn der EAS sich nicht auf Friedensarbeit konzentriert, dann verfehlt er sein Ziel.

Folglich ist die Diskussion darüber, wie dieser Dienst aussehen soll - z.B. die Forderung, dass er ein Direktorat für Friedensarbeit in einer Spitzenposition haben sollte - von äußerster Dringlichkeit. Wenn die Außenpolitik innerhalb und außerhalb dieses Dienstes den engen wirtschaftlichen und Sicherheitsinteressen der Mitgliedsländer untergeordnet sein soll, dann wird sein Potential vergeudet. Eine rechtzeitige Diskussion hier und jetzt könnte das Ruder noch herumwerfen.

Wir rufen euch auf, eure Regierung aufzufordern, sich für eine offene und öffentliche Debatte einzusetzen. Schreibt an eure Abgeordneten, an eure Außen- und Europaminister, schreibt an eure Europa-Abgeordneten. Und lasst uns wissen, was sie antworten.

*Martina Weitsch*

*Übersetzung: Eckard Teichert*

## **Am anderen Ende der unruhigen Welle**

Diejenigen von Euch, welche die QCEA/QPSW-Konferenz im Dezember 2008 in Brüssel besucht haben, können sich sicher an den sanften Klang von David Ferrard erinnern, eines Friedensaktivisten und früheren QCEA-Programmassistenten. Sein Konzert war ein Highlight für viele der Quäker, die es besuchten - so stark, dass alle seine CDs ausverkauft waren.

David hat verschiedene Preise für seine Folk-Songs gewonnen (Celtic Connections 2006, Burnsong 2007), von denen viele von der Friedensbewegung inspiriert worden waren.

Sein neues Album „Am anderen Ende der unruhigen Welle“, welches im Juni dieses Jahres erschien, reflektiert seinen Hintergrund im Zusammenhang mit den Beziehungen zwischen der schottischen und amerikanischen Musik. Aufgenommen in den Blue Ridge Mountains war dieses Album das Ergebnis einer Reise, welche von der Schottischen Künstler-Agentur finanziert worden war und bei der er mit Sängern aus Nord-Carolina zusammentraf, welche noch die Songs ihrer schottischen Vorväter singen konnten. Mit traditionellen Gesängen von beiden Seiten des Atlantik berührte David Themen wie Abschied, Verlust, Wiederkehr, eingeschlossen auch solche wie „Die Klage des Sklave“ von Schottlands Nationaldichter Robert Burns und „Die harten Zeiten kommen nicht mehr wieder“ von Stephen Burns, des „Vaters der Amerikanischen Musik“.

David's Musik, von Tony Benn als „bewegend, kraftvoll und anziehend“ beschrieben, ist so wie gute Volksmusik sein sollte, fesselnde Lyrik in Verbindung mit einer bemerkenswert guten Stimme. Um Davids Musik zu hören oder eine Aufführung zu buchen, s. unter [www.davidferrard.com](http://www.davidferrard.com).

*Anya Whiteside*

*Übersetzung: Jutta Fauer*

## **Möge der Friede in der Welt triumphieren**

Der 21. September ist der Internationale Tag des Friedens, welcher ursprünglich von der UN 1981 erklärt und im Jahre 2002 unter diesem Datum fixiert wurde. Dieser Tag wird mit einer Vielzahl von Veranstaltungen rund um den Erdball gefeiert. In Deutschland z.B. hat ein Fußballspiel zwischen den Adidas- und Puma-Sportartikelherstellern stattgefunden. Das war das erste Mal, dass die Firmen innerhalb von 60 Jahren kooperierten, seit sich die Brüder zerstritten hatten.

Im Jahre 2009, dem Jahr des 30. Geburtstages des QCEA, beging en die Mitarbeiter zusammen mit Mitgliedern des Belgischen und Luxemburgischen Monthly Meetings der Quäker mit dem Setzen eines Friedens-Mastes in den Vorgarten des Quäkerhauses in Brüssel.

„Ich hatte schon seit einiger Zeit darüber nachgedacht“, so Martina Weitsch, die Repräsentantin für die Stellungnahmen von QCEA. „Aber dann brachte eines unserer Mitglieder von UK schon vor mir den Vorschlag und dann gab es plötzlich diesen Anlass“. Der Fahnenmast ,der von der Organisation des Welt-Friedensgebets in Deutschland erworben worden war, zeigt folgende Inschri „Möge der Friede in der Welt triumphieren“, geschrieben auf alle vier Seiten des Mastes. Die Sprachen Französisch, Flämisch, Arabisch und Englisch der Inschrift tragen dabei der Sprachkultur des Europäischen Büros und der umgebenden Wohngebiete in diesem Teil Brüssels Rechnung. Der Mast ist ein beständiges charakteristisches Merkmal in unserem kleinen Vorgarten und wir hoffen, dass er Besuchern und Vorbegehenden einen Anlass zum Nachdenken gibt.

*Martina Weitsch*

*Übersetzung: Jutta Fauer*

## **Sind Änderungen in der EU-Strategie zur Terrorismusbekämpfung im Gange?**

„Transparenz ist eine schwedische Leidenschaft“, sagte Botschafter Tomas Rosander bei einer Grundsatzdiskussion (am 17. September 2009) über die zukünftigen EU-Strategien zur Terrorismusbekämpfung. Sie wurde vom Europäischen Politikzentrum, dem schwedischen Institut für internationale Angelegenheiten/Politik und dem Zentrum für unregelmäßige Bedrohungsstudien organisiert und vereinigte einige der Schlüsselfiguren auf diesem Gebiet.

Gilles de Kerchove, der europäische Koordinator für Terrorismusbekämpfung betonte dass - obwohl die Mitgliedsstaaten für ihre eigene innere Sicherheit verantwortlich sind - die EU trotzdem auf diesem Gebiet eine Rolle spielen muss. Der Charakter dieses Problems hat sich grundlegend geändert hin zu einer bunt gefächerten, komplexen Bedrohung mit dem Risiko, dass einerseits brüchige oder unsichere Länder wie Yemen, Sudan und Mali zu einem sicheren Hafen für Terroristen werden, und andererseits verfolgen „einheimische“ Terroristen in den Mitgliedsstaaten ihre eigenen Pläne. Einer kürzlichen europäischen Umfrage zufolge, bildet Terrorismus die Hauptsorge für 79 % der EU-Bürger. Und obwohl Kerchove akzeptierte, dass von den vier Säulen der EU-Terrorismusbekämpfung (Verhindern, Schützen, Verfolgen, Reagieren) die EU wesentlich mehr Zeit und Ressourcen für Verfolgung (Terroristen) und Schutz (Zivilisten) verwendet hat, stimmte er nicht zu/akzeptierte er nicht, dass eine genauere/größere Überprüfung der Strategie notwendig sei. Jetzt ist die Zeit, viel mehr für Verhinderung und Reagieren (auf die Bedrohung) zu investieren. Informationsaustausch bildet den Kern dieser Reaktion, sagte er, aber was fehlt, sind genaue Vorstellungen und eine Strategie. Er betonte die Notwendigkeit für die Mitgliedsstaaten, sich mehr für die Probleme der „einheimischen“ Terroristen einzusetzen, ohne eine einzelne Gemeinschaft oder Religion zu diskriminieren. Er wies auf einen kürzlichen Bericht der EU-Agentur für Grundrechte (FRAU) hin, die die Diskriminierung von Muslimen in der EU hervorhob. „Wörter sind Waffen“, sagte er, „wir müssen unsere Art zu reden verbessern“. Er betonte / hob hervor, dass die Ratifizierung des Lissabonner Vertrags den Strategien zur Terrorismusbekämpfung nützen sollte/würde, da ziviler Schutz und Verteidigung besser integriert werden könnten.

Diese Ausgabe der QCEA Monatszeitschrift *Around Europe* ist von der Deutschen QCEA Unterstutzungsgruppe  
übersetzt worden

Sie ist auf der QCEA website [www.quaker.org/qcea](http://www.quaker.org/qcea) zu finden

Christopher Dickey, der Chef des Pariser Büros von Newsweek und Regionalredakteur für den Nahen Osten sagte, der Militäreinsatz sei „der schlechteste Weg“ zur Terrorismusbekämpfung. Terrorismus gedeiht unter Besatzung - sei sie tatsächlich oder nur so wahrgenommen - behauptete Dickey, aber die Westmächte sehen das nur selten so.

In der Diskussion lehnte Dickey die Einschätzung des früheren Präsidenten Bush ab, das Ausmaß der terroristischen Bedrohung sei der des Kalten Krieges vergleichbar. Die Stufe der Reaktion sollte entsprechend der Stufe der (begrenzten) Bedrohung überprüft werden.

Alle Teilnehmer stimmten der Notwendigkeit einer genauen Bedrohungsanalyse zu und waren mit Dickey und de Kerchove einig, dass Angriffe ähnlich wie in Bombay (Mumbai) am wahrscheinlichsten seien. De Kerchove betonte auch die Notwendigkeit öffentlicher Debatten - wie weit sollten die Bürgerrechte im Namen der Terrorismusbekämpfung gefährdet werden? Diese Frage wurde in der QCEA-Veröffentlichung von 2007 zu diesem Thema aufgeworfen, eine Frage, die wir alle überdenken sollten.

*Liz Scurfield*

*Übersetzung: Christel Wieding*